



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Simons

Telefon: (0221) 221-25087

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: corinna.simons@stadt-koeln.de

Datum: 27.09.2011

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, 19.09.2011, 15:30 Uhr bis 18:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Andreas Wolter GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Monika Möller	SPD	
Herr Michael Neubert	SPD	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	ab 15:45 Uhr
Frau Gisela Manderla	CDU	
Herr Werner Marx	CDU	
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Volker Görzel	FDP	
Herr Frank Maul	PRO KÖLN	bis 17:15 Uhr

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Henk Benthem van	CDU	i. V. für Herrn Granitzka
Herr Götz Bacher	SPD	i. V. für Frau dos Santos-Herrmann

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz Dieter Klein	auf Vorschlag der SPD	
Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD	ab 16:50 bis 17:50 Uhr
Herr Oliver Krems	SPD	
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU	bis 17:50 Uhr
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU	
Frau Katharina Roy-Seuren	auf Vorschlag der CDU	
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der GRÜNEN	
Herr Ralf Klemm	GRÜNE	bis 17:35 Uhr
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)	
Herr Rudolf Schaefers	PRO KÖLN	
Herr Dr. Manfred Hoffmann	auf Vorschlag der LINKEN	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Markus Danuser	KLuST e.V.	
Frau Adelheid Langes	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft	
Frau Filiz Kalaman	Integrationsrat	bis 16:50 Uhr

Verwaltung

Herr Werner Adams
Herr Ingo Fleischer
Herr Wolfgang Heintz
Frau Ursula Herx
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Herr Robert Kilp
Herr Hans-Jürgen Petry

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

GPR

Herr Jörg Dicken i. V. für Herrn Giesen-Weirich

Schriftführerin

Frau Corinna Simons

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Susana dos Santos Herrmann SPD

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Wolter begrüßt die Anwesenden und entschuldigt den Vorsitzenden Herrn Granitzka, der heute leider nicht die Sitzung leiten kann. Herr Wolter informiert den Ausschuss, dass die November-Sitzung des Ausschusses aus terminlichen Gründen des Vorsitzenden verlegt werden muss. Neuer Termin ist nun Donnerstag, 10.11.2011 ab 15:00 Uhr, statt wie ursprünglich vorgesehen Montag, 14.11.2011 ab 15:30 Uhr.

Herr Wolter weist ebenfalls darauf hin, dass für den 07.11.2011 ab 14 Uhr die nächste Sitzung des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation geplant ist.

Der stellvertretende Vorsitzende trägt die Vorschläge der Verwaltung zur Aufnahme in bzw. Absetzung von der Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil

- 3.4 Beantwortung von Anfragen zu
Mitteilung der Verwaltung zu den Überstunden 2010
3155/2011
- 3.5 Beantwortung einer Anfrage zu
Private Wertstoffsammler an Wertstoffhöfen
2671/2011
- 3.6 Beantwortung einer Anfrage zu
Einsatz externer Beschäftigter
3165/2011
Diese Vorlage wurde als TOP 11.2 umgedruckt und verteilt.
- 4.4 Statistischer Jahresbericht der Ausländerbehörde - 2010
2528/2011
- 4.5 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
2108/2011
- 4.6 Konsequenzen aus der verfehlten Vision 2010:
hier: Abschlussbericht des Polizeipräsidenten
3081/2011
- 4.7 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - August 2011
3594/2011

- 4.8 Einführung eines Informationssystems über die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen
3457/2011
- 4.9 Weiterentwicklung des Adressraums im Internet - Einführung der Top-Level-Domain ".koeln"
3589/2011
- 4.10 Dienstvereinbarung zur Umsetzung der Haushaltssicherungsbeschlüsse 2010
3394/2011
- 4.11 Schutz des Roncalliplatzes und des Heinrich-Böll-Platzes vor Beschädigungen durch Pkw und Lkw
3557/2011
- 6.1 Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 13.09.2011
Polizeistrategie zu Kundgebungen rechtsextremer Gruppierungen
AN/1640/2011
- 6.2 Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 14.09.2011
Gewaltpotenzial von pro Köln
AN/1655/2011
- 6.3 Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.09.2011
Krankheitsbedingte Ausfallquote
AN/1652/2011
- zu 10.5. Änderungsantrag zur Vorlage 3064/2011 - Personalausstattung beim Interkulturellen Referat- Antrag des Integrationsrates
AN/1685/2011
Tischvorlage
- 10.7 Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages von Dienstleistungen zur Lenkung von Verkehrsströmen im Kölner Stadtgebiet
2590/2011
- 10.8 Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zum Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung
1606/2011
- 10.9 Beitritt der Stadt Köln zur Einkaufsgemeinschaft kommunaler Verwaltungen e. G. (EKV eG)
3115/2011
- 10.10 Verweis aus dem Hauptausschuss vom 12.09.2011
Optimierung des Winterdienstes in Köln
2865/2011
- zu 10.10. Änderungsantrag zur Vorlage 2865/2011- Optimierung Winterdienst
Tischvorlage

II. Nichtöffentlicher Teil

11.2 zurückgezogen

TOP wurde in den öffentlichen Teil verschoben, siehe 3.6

12.2 Klageverfahren wegen Pflegekosten (Landgericht Köln 5 O 273/11)
3596/2011

16.6 Künftige Unterbringung Bezirksrathaus Rodenkirchen - Richtungsentscheidung zur Realisierung
2755/2011

Herr Wolter schlägt vor, die TOPs 4.1 und 4.6 gemeinsam zu beraten und den TOP 11.1 in den öffentlichen Teil vorzuziehen, der Ausschuss ist einverstanden. Die Beantwortung einer Anfrage von Frau von Bülow vom 26.04.2010, Erfahrungsbericht des Zentralen Einkaufs, 2310/2011 wird nun als TOP 3.7 behandelt.

Herr Stadtdirektor Kahlen zieht die Beschlussvorlage 1606/2011, die als TOP 10.8 beraten werden sollte, von der Tagesordnung zurück. Darüber hinaus bedauert er, dass dem Ausschuss heute kein aktueller Frauenförderplan vorgelegt werden könne. Er erläutert, der Frauenförderplan befinde sich in der verwaltungsinternen Endabstimmung und die Beteiligungsnotwendigkeiten durch die Mitbestimmungsregelungen erfordern viel Zeit. Frau von Bülow betont, sie habe kein Verständnis für weitere Verzögerungen, die Mitbestimmungsregelungen seien nicht neu. Sie macht deutlich, ein weiteres Jahr ohne Frauenförderplan sei nicht zu tolerieren.

Herr Neubert meldet Beratungsbedarf zur Beschlussvorlage 2998/2011 an, die als TOP 10.6 auf der Tagesordnung steht. Er bittet, die Beschlussfassung in die nächste Sitzung zu vertagen. Der Ausschuss ist einverstanden.

Herr Marx weist darauf hin, dass die Beantwortung 3165/2011, die heute als TOP 3.6 behandelt werden soll, erst am 22.09.2011 im Rechnungsprüfungsausschuss behandelt werde. Aus diesem Grunde bittet er um Vertagung der Kenntnisnahme in die nächste Sitzung.

Der Ausschuss hat keine Einwände und beschließt folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

2.1 Ergebnisse der ersten Ausschreibungsrunde der Fördermittel "Städtepartnerschaften gestalten"
3053/2011

2.2 Ergebnisse der Jurysitzung über die Vergabe der Fördermittel für entwicklungspolitische Bildungsarbeit
2861/2011

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 3.1 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 04.07.2011
Wirtschaftsbeziehungen Köln - China
3104/2011
- 3.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Dr. Welpmann vom 04.07.2011
Meldung von Beißvorfällen durch Hunde in Köln
3078/2011
- 3.3 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 24.06.2011 aus der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün vom 30.06.2011
Vollzug Umweltzone
2722/2011
- 3.4 Beantwortung von Anfragen von Frau dos Santos Herrmann, Frau von Bülow, Herrn Görzel und Herrn Dr. Welpmann
Ergänzende Mitteilung der Verwaltung zu den Überstunden 2010 - 2072/2011
3155/2011
- 3.5 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion vom 04.07.2011
Private Wertstoffsammler an Wertstoffhöfen
2671/2011
- 3.6 vertagt
- 3.7 Beantwortung einer Anfrage von Frau von Bülow vom 26.04.2010
Erfahrungsbericht des Zentralen Einkaufs
2310/2011

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Konsequenzen aus der verfehlten Vision 2010: Köln als sicherste Millionenstadt Deutschlands
hier: Das Projekt "Gewaltprävention an Schulen" Bestandteil der strategischen Ausrichtung
2724/2011
- 4.2 Schulpolitischer Konsens in Nordrhein-Westfalen - die neue Sekundarschule
3017/2011
- 4.3 Geschäftsbericht/Statistik der Zentralen Ausländerbehörde Köln für 2010
3056/2011
- 4.4 Statistischer Jahresbericht der Ausländerbehörde - 2010
2528/2011
- 4.5 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
2108/2011

- 4.6 Konsequenzen aus der verfehlten Vision 2010: Köln als sicherste Millionenstadt Deutschlands
hier: Abschlussbericht des Polizeipräsidenten
3081/2011
- 4.7 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - August 2011
3594/2011
- 4.8 Einführung eines Informationssystems über die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen
3457/2011
- 4.9 Weiterentwicklung des Adressraums im Internet - Einführung der Top-Level-Domain ".koeln"
3589/2011
- 4.10 Dienstvereinbarung zur Umsetzung der Haushaltssicherungsbeschlüsse 2010
3394/2011
- 4.11 Schutz des Roncalliplatzes und des Heinrich-Böll-Platzes vor Beschädigungen durch Pkw und Lkw
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen vom 06.12.2010, TOP 8.1
3557/2011

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

- 5.1 Mitarbeiterqualifizierung 2010 - Verteilung der bereitgestellten Mittel für 2010
0113/2011

6 Schriftliche Anfragen

- 6.1 Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 13.09.2011
Polizeistrategie zu Kundgebungen rechtsextremer Gruppierungen
AN/1640/2011
- 6.2 Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 14.09.2011
Gewaltpotenzial von pro Köln
AN/1655/2011
- 6.3 Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.09.2011
Krankheitsbedingte Ausfallquote
AN/1652/2011

7 Mündliche Anfragen

8 Anträge

- 8.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 25.08.2011
Führerscheinenzug bei Straftätern mit hohem Aggressionspotential
AN/1517/2011

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Neufassung der Satzung der Beihilfekasse
2236/2011
- 10.2 Änderung der Zuständigkeitsordnung in Bezug auf den Friedhof Melaten
2703/2011
- 10.3 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln
4. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung
1017/2011
- 10.4 Erfahrungsbericht "Naturwaldbestattung" und Änderung der Satzung für die Friedhöfe
und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung)
2776/2011
- 10.5 Personalausstattung beim Interkulturellen Referat - Antrag des Integrationsrates
3064/2011
- 10.5.1 Personalausstattung beim Interkulturellen Referat- Antrag des Integrationsrates, Vor-
lage-Nr. 3064/2011
AN/1685/2011
- 10.6 vertagt
- 10.7 Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertra-
ges von Dienstleistungen zur Lenkung von Verkehrsströmen im Kölner Stadtgebiet
2590/2011
- 10.8 zurückgezogen
- 10.9 Beitritt der Stadt Köln zur Einkaufsgemeinschaft kommunaler Verwaltungen e. G.
(EKV eG)
3115/2011
- 10.10 Verweis aus dem Hauptausschuss vom 12.09.2011
Optimierung des Winterdienstes in Köln
2865/2011

10.10.1 Änderungsantrag zu TOP 10.10 - Optimierung Winterdienst
AN/1687/2011

II. Nichtöffentlicher Teil

11 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

11.1 zurückgezogen

11.2 zurückgezogen

12 Mitteilungen der Verwaltung

12.1 Ansprüche gegen Unternehmen des sog. Fahrtreppenkartells/Gerichtliche Geltendmachung bzw. Vergleich und Anwaltsbeauftragung - Sachstand
3181/2011

12.2 Klageverfahren wegen Pflegekosten (Landgericht Köln 5 O 273/11)
3596/2011

13 Schriftliche Anfragen

14 Anträge

15 Mündliche Anfragen

16 Allgemeine Vorlagen

16.1 Einleitung von Vergabeverfahren zum Abschluss von Rahmenverträgen über die Lieferung von Büropapier für den allgemeinen Bedarf und von Papier für die städtische Druckerei
3204/2011

16.2 Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Vertrages über die Unterhalts- und Grundreinigung in der Realschule Alter Militärring 96 in 50933 Köln
3382/2011

16.3 Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Vertrages über die Unterhalts- und Grundreinigung in der Gesamtschule Görlinger Zentrum 45 in 50829 Köln
3403/2011

16.4 Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Vertrages über die Unterhaltsreinigung in der Feuerwache Scheibenstr. 13 in 50737 Köln
3408/2011

16.5 Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Vertrages über die Einlieferung der BZA-Post im Zeitraum vom 01.02.2012 bis 31.01.2016
3508/2011

16.6 Künftige Unterbringung Bezirksrathaus Rodenkirchen - Richtungsentscheidung zur Realisierung
2755/2011

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Europäische Charta für die Gleichstellung von Männern und Frauen auf lokaler Ebene

Frau Kronenberg berichtet, am 08. August habe Herr Oberbürgermeister Jürgen Roters im Beisein von Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes und Vertreterinnen aus der Politik die "Europäische Charta für die Gleichstellung von Männern und Frauen auf lokaler Ebene" unterzeichnet. Im nächsten Schritt werde ein Gremium aus Politik und Verwaltung gebildet, um Handlungsfelder zu bestimmen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

1.2 Betriebliche Frauenförderung bei den Kölner Stadtwerken

Frau Kronenberg informiert den Ausschuss über eine Sitzung der Arbeitsdirektoren der Kölner Stadtwerke, in der das Thema betriebliche Frauenförderung behandelt wurde. Im Ergebnis werden die Stadtwerke sich zeitnah in Kooperation mit der Gleichstellungsbeauftragten konzeptionell der Frauenförderung widmen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

2 Internationales

2.1 Ergebnisse der ersten Ausschreibungsrunde der Fördermittel "Städtepartnerschaften gestalten" 3053/2011

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Frau Möller erläutert Frau Klütsch, gemäß Richtlinie könne die Förder-summe auf maximal 3.000,00 Euro angehoben werden, wenn mindestens 2 oder mehr Antragsteller Fördergelder für dasselbe Förderprojekt beantragt haben. Andere Gründe für die Überschreitung der maximalen Fördermittel in Höhe von 1.500,00 Euro, zum Beispiel inhaltlicher Art, seien ihr nicht bekannt.

Der Ausschuss hat keine weiteren Fragen.

2.2 Ergebnisse der Jurysitzung über die Vergabe der Fördermittel für entwicklungspolitische Bildungsarbeit 2861/2011

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 04.07.2011 Wirtschaftsbeziehungen Köln - China 3104/2011

Die Beantwortung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Manderla bedauert, dass es bisher keine Verknüpfung zwischen Kölner und chinesischen Firmen gegeben habe.

**3.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Dr. Welpmann vom 04.07.2011
Meldung von Beißvorfällen durch Hunde in Köln
3078/2011**

Die Beantwortung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Kahlen ergänzt, das Ordnungsamt habe im Jahr 2010 65 Bußgeldverfahren wegen Verletzung der Maulkorb- und Anleinplicht eingeleitet bzw. 29 Bußgeldverfahren im laufenden Jahre 2011. Darüber hinaus habe das Ordnungsamt im Jahre 2010 860 Verwarngelder ausgesprochen bzw. 501 im laufenden Jahre 2011.

Auf Rückfrage von Herrn Dr. Welpmann erläutert Herr Kilp, allen Hinweisen auf Verstöße gegen das LHundG werde, so konkret wie es die Beschwerde zulasse, nachgegangen. Der städtische Ordnungs- und Verkehrsdienst werde kurzfristig mit einer Aufklärung beauftragt. Hier zu nennen sind beispielsweise Fälle einer unerlaubten Haltung von erlaubnispflichtigen Hunden (gefährliche Hunde nach § 3 LHundG oder Hunde bestimmter Rassen nach §10 LHundG), Beißvorfälle, bei denen Menschen verletzt wurden oder Leinen- und Maulkorbpflichtverstöße in der Nähe von Spielplätzen etc.

Herr Kilp schildert weiter, häufig gehe eine Beschwerde telefonisch ein. Eine sehr allgemeine Beschwerde ohne konkrete Angaben zu Personen, Zeit und Örtlichkeit können den Ordnungsdiensten nur für eine allgemeine Prüfung in den routinemäßigen Kontrollen weitergegeben werden. Herr Kilp macht deutlich, dass es in der Praxis in diesen Fällen oft dem Zufall überlassen sei, ob bei einer Kontrolle Hund und Hundehalter angetroffen werden und Ordnungswidrigkeiten beobachtet werden können.

Eine Beschwerde mit der Benennung von konkreten Personen, Örtlichkeiten, Zeiten etc. werde zu einem speziellen und sehr konkreten Ermittlungsauftrag verwandt. Die rechtliche Wirksamkeit einer Beschwerde ist aber nur dann zweifelsfrei gegeben, wenn sie schriftlich oder zur Niederschrift eingelegt werde. Das Akteneinsichtsrecht der Betroffenen wird durch die heutigen Verfahrensbestimmungen aber auch durch das Informationsfreiheitsgesetz und das Datenschutzgesetz gestärkt.

Herr Kilp betont abschließend, es gehe im Interesse der Vermeidung von Beißvorfällen darum, Bußgeld- oder Verwaltungsverfahren auch erfolgreich zu beenden.

**3.3 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 24.06.2011 aus der Sitzung
des Ausschusses Umwelt und Grün vom 30.06.2011
Vollzug Umweltzone
2722/2011**

Die Beantwortung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.4 Beantwortung von Anfragen von Frau dos Santos Herrmann, Frau von Bülow,
Herrn Görzel und Herrn Dr. Welpmann
Ergänzende Mitteilung der Verwaltung zu den Überstunden 2010 - 2072/2011
3155/2011**

Die Beantwortung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau von Bülow bittet in Zukunft um eine Information über die Anzahl der Überstunden insgesamt sowie der durch Freizeitausgleich abgegoltenen Überstunden im Einzelnen. Eine Mitteilung lediglich über den ausgezahlten Anteil an Überstunden reiche ihr nicht aus. Auf Rückfrage von Frau von Bülow fasst Herr Kahlen zusammen, gemäß der Richtlinie für die Anordnung von Über- und Mehrarbeitsstunden liege die Zuständigkeit für die Gewährung von Überstunden bei den entsprechenden Dienststellen. Dabei werde für geleistete Über-/ Mehrarbeitsstunden grundsätzlich Freizeitausgleich gewährt. Erst wenn eine Möglichkeit zum Freizeitausgleich aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht bestehe, komme eine Vergütung in Betracht. Herr Kahlen betont, die Verwaltung habe ein hohes Interesse daran, Überstunden wenn möglich grundsätzlich zu vermeiden.

Auf weitere Nachfrage von Frau von Bülow erläutert Herr Kahlen, die Umsetzung von Ratsbeschlüssen und –aufträgen zum Beispiel „offener Ganztage ohne zusätzliche Ressourcen“ führe die Verwaltung zum Teil in Zielkonflikte. Er macht deutlich, diese Zielkonflikte seien nur gemeinsam zu lösen.

Auf Nachfrage von Frau Manderla räumt Herr Kahlen ein, dass das Thema Aufgabenkritik bisher nicht so umgesetzt werden konnte, wie das im vergangenen Jahr geplant worden sei. Die Erwartungen an den Aufgabenbestand der Verwaltung von Seiten der Bürgerschaft und der Politik seien enorm. Die Schwierigkeit bestehe in der unterschiedlichen Betrachtung der Aufgabenprioritäten und der unterschiedlichen Auffassung der notwendigen Standards. Er kündigt an, eine ausführliche Debatte müsse im Rahmen der Vorbereitungen zum Haushalt 2012 im Stadtvorstand geführt und im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen in Form von Haushaltsbegleitbeschlüssen der Politik zur Entscheidung vorgelegt werden. Der Rat definiere im Ergebnis, welche Dienstleistungen zu erfüllen seien.

Im Laufe der Diskussion schlägt Herr Detjen vor, dass die Verwaltung zu einer Gesprächsrunde einladen könne, analog der Veranstaltung für Mitglieder des Ausschusses AVR und des Unterausschusses LuK im November 2010. Möglich sei ebenfalls die Durchführung einer nicht-öffentlichen Ausschusssitzung zum Thema Arbeitsverdichtung, Aufgabenabbau und Standardreduzierung. Die Verwaltung könne alle Probleme darstellen und gemeinsam werde an Lösungen gearbeitet.

Herr Kahlen erläutert anhand der Mitteilung „Einführung eines Informationssystems über die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen“, die dem Ausschuss unter TOP 4.8 zur Kenntnis gegeben wird, die Problematik. Nach dem dort vorgestellten Konzept sollen keine weiteren Kontrollen außerhalb des fachlich erforderlichen Zeitrahmens auf Antrag des Lebensmittelunternehmers, d. h. keine über die bisherige Menge hinausgehenden, zusätzlichen Kontrollen durchgeführt werden. Dass jedoch nach Umsetzung die Kommunen tatsächlich keine zusätzlichen Kontrollen durchführen müssen, darf angezweifelt werden.

Während einer ausführlichen Diskussion über Ursachen für, Folgen von und Einflussfaktoren auf den Krankenstand bei der Stadt Köln wird im Ergebnis eine Abfrage bei anderen Kommunen und beim LVR gefordert. Dabei, so regt Herr Detjen an, sollen u. a. die Faktoren Größe der Verwaltung und Einfluss der Motivation der Beschäftigten genauer untersucht werden.

Herr Kahlen verweist auf die Auswertung des Deutschen Städtetages, diese mache deutlich, je arbeitsteiliger eine Verwaltung sei, desto höher sei ihr Krankenstand. Die Stadt Köln biete ihren Bürgerinnen und Bürgern ca. 4000 Produkte an. Ebenfalls nicht zu unterschätzen sei der Anstieg der sogenannten Volkskrankheiten, und darüber hinaus wirke sich ebenfalls die Altersstruktur der Beschäftigten auf die krankheitsbedingte Ausfallquote negativ aus. Das aktuelle aber seit Jahren stetig steigende Durchschnittsalter der Beschäftigten der Kölner Verwaltung lag am 31.12.2010 bei 44,8 Jahren und liege damit 0,8 Jahre über dem Durchschnittsalter im öffentlichen Dienst und sogar ca. 5 Jahre über dem Durchschnittsalter in der Privatwirtschaft. Die Einstellung einer hohen Zahl von jungen Auszubildenden habe das höhere Durchschnittsalter nicht neutralisieren können.

Herr Kahlen informiert, zum Thema werde am 26.09.2011 ein Amtsleitertag stattfinden.

Im Mittelpunkt stehe das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) und Ziel sei hierbei u. a., Führungskräfte für die Problematik zu sensibilisieren. Herr Wolter bittet um Mitteilung über die Ergebnisse des Amtsleitertages in der nächsten Sitzung.

Herr Wolter bittet darüber hinaus um die Organisation eines Treffens aller Fraktionen mit der Verwaltung analog der Diskussionsrunde zum Thema Straßenprostitution.

Herr Kahlen sagt zu, die Anregungen des Ausschusses dem Stadtvorstand zu übermitteln.

**3.5 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion vom 04.07.2011
Private Wertstoffsammler an Wertstoffhöfen
2671/2011**

Die Beantwortung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.6 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Marx aus der Sitzung des Rechnungsprüfungs Ausschusses vom 12.07.2011 und Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion vom 07.07.2011
Einsatz externer Beschäftigter
3165/2011**

Herr Marx bittet vor Eintritt in die Tagesordnung darum, die Kenntnisnahme in die nächste Sitzung zu verlagern. Der Ausschuss hat keine Einwände.

**3.7 Beantwortung einer Anfrage von Frau von Bülow vom 26.04.2010
Erfahrungsbericht des Zentralen Einkaufs
2310/2011**

Die Beantwortung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

**4.1 Konsequenzen aus der verfehlten Vision 2010: Köln als sicherste Millionenstadt Deutschlands
hier: Das Projekt "Gewaltprävention an Schulen" Bestandteil der strategischen Ausrichtung
2724/2011**

Die Mitteilung wurde gemeinsam mit TOP 4.6 behandelt, beide Mitteilungen wurden zur Sitzung verteilt und der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.2 Schulpolitischer Konsens in Nordrhein-Westfalen - die neue Sekundarschule
3017/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.3 Geschäftsbericht/Statistik der Zentralen Ausländerbehörde Köln für 2010 3056/2011

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Herrn Detjen erläutert Herr Kilp, zum jetzigen Zeitpunkt gibt es keine neuen Entwicklungen zur Flüchtlingssituation aus arabischen und nordafrikanischen Ländern nach Europa und Deutschland.

4.4 Statistischer Jahresbericht der Ausländerbehörde - 2010 2528/2011

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Herrn Hess erläutert Herr Kahlen, die Stadt Köln habe ein großes Interesse daran, Ausländerinnen und Ausländern mit hoher Qualifikation, die sich bereits im Stadtgebiet aufhalten, ein Bleiberecht zu ermöglichen. Ebenfalls sei es im Interesse der Stadt, die Zugangsbarrieren für hoch qualifizierte Fachkräfte bzw. die Anerkennungsrichtlinien für ausländische Qualifikationen zu senken.

Frau Boeck sagt zu, die Statistik entsprechend zu erweitern und dem Ausschuss in Zukunft weitere Zahlen mitzuteilen. Sie ergänzt anschließend, bei Personen mit einem langfristigen Aufenthalt, bei denen ein Ausreisehindernis bestehe, werde jede Möglichkeit des humanitären Bleiberechts durchgeprüft. Allerdings sei die Ausländerbehörde verpflichtet, für die Personen bei denen das Ausreisehindernis weg falle und kein humanitäres Bleiberecht bestehe, Rückführungsmaßnahmen einzuleiten.

Herr van Benthem bittet um Mitteilung, wie viele Personen, der 2365 geduldeten Menschen, qualifiziert bzw. hochqualifiziert und wie viele unqualifiziert bzw. lediglich hilfsbedürftig sind.

4.5 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge 2108/2011

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.6 Konsequenzen aus der verfehlten Vision 2010: Köln als sicherste Millionenstadt Deutschlands hier: Abschlussbericht des Polizeipräsidenten 3081/2011

Die Mitteilung wurde gemeinsam mit TOP 4.1 behandelt, beide Mitteilungen wurden zur Sitzung verteilt und der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.7 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - August 2011 3594/2011

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Hess bittet die Verwaltung, die potentiellen Bleiberechtsberechtigten gem. § 25a AufenthG in dem vorgesehenen Infobrief auch darüber zu informieren, dass der Anspruch nach Vollendung des 21. Lebensjahres verfällt.

**4.8 Einführung eines Informationssystems über die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen
3457/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Neubert weist darauf hin, dass Existenzen gefährdet seien, wenn ein Betrieb mit anscheinend mangelhafter oder nur befriedigender Hygiene bis zur nächsten ordnungsbehördlichen Routinekontrolle zu warten habe. Ein Anspruch auf Nachkontrolle sei zwar zurzeit nicht geplant, jedoch sei zu befürchten, dass eine zeitnahe Nachkontrolle gerichtlich durchgesetzt werde. Die Verwaltung müsse darüber nachdenken, ggf. mehr Personal (möglicherweise durch Refinanzierung) zur Verfügung zu stellen.

**4.9 Weiterentwicklung des Adressraums im Internet - Einführung der Top-Level-Domain ".koeln"
3589/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.10 Dienstvereinbarung zur Umsetzung der Haushaltssicherungsbeschlüsse 2010
3394/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.11 Schutz des Roncalliplatzes und des Heinrich-Böll-Platzes vor Beschädigungen durch Pkw und Lkw
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen vom 06.12.2010, TOP 8.1
3557/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Anmerkung von Herrn Wolter erläutert Herr Kahlen, das Domhotel habe, wie alle Immobilien, einen grundsätzlichen Rechtsanspruch auf gesicherte Erschließung. Die Stadt Köln habe vor ca. 20 Jahren zur Gewährleistung dieser Erschließung für das Hotel und die Gäste eine Regelung getroffen, durch die ein Befahren der Domplatte und das Parken für Fahrzeuge des Hotels bzw. für dessen Gäste möglich ist. Diese bestehende Regelung sei nun durch die Verwaltung verschärft worden und ein Parken auf der Domplatte ist nur noch für max. 20 Minuten gestattet. Das Ordnungsamt beabsichtige, die Regelung intensiv zu überwachen.

Auf die Forderung von Herrn Wolter, die Beschlussvorlage in der nächsten Sitzung vorzulegen, räumt Herr Kahlen ein, die Verwaltung arbeite intensiv an Lösungsmöglichkeiten, die Entwicklung eines Sperrkonzeptes für den Roncalliplatz gestalte sich schwierig.

Herr Wolter macht deutlich, die politische Intention sei nicht, eine hermetische Abriegelung des Roncalliplatzes sondern es gehe darum, den Platz vor unkontrolliertem Befahren und dadurch entstehender Beschädigung zu schützen; schließlich bezahle die Stadt Köln jährlich Reparaturkosten in Höhe von mehreren 100.000,00 Euro.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

5.1 Mitarbeiterqualifizierung 2010 - Verteilung der bereitgestellten Mittel für 2010 0113/2011

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Manderla beanstandet, dass 2010 lediglich 62 % der verfügbaren Mittel für die Personalentwicklung abgerufen worden seien. Soeben habe man in diesem Ausschuss die Ursachen und Lösungsmöglichkeiten zum hohen Krankenstand der Stadtverwaltung diskutiert, vor diesem Hintergrund sei es notwendig, die bereit gestellten Mittel für Personalentwicklung auszus schöpfen.

Auf Nachfrage von Herrn Detjen erläutert Herr Prandi, zum Jahreswechsel 2009/2010 habe im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung und mit entsprechenden Einsparplänen auch eine erhebliche Einsparung bei der Personalentwicklung zur Diskussion gestanden. Anfang 2010 sei das Personal- und Organisationsamt von einer Mittelbereitstellung in Höhe von ca. 312.000,00 Euro für die Personalentwicklung ausgegangen und habe das Fortbildungsangebot auf dieser Grundlage geplant. Eine später höher ausgefallene Mittelbewilligung habe im laufenden Jahr nicht mehr zu einer Ausschöpfung führen können. Darüber hinaus habe die Kämmerei erst im Dezember 2010 die vorläufige Haushaltsführung beendet und damit eine letztendliche Planungssicherheit geschaffen.

Herr Prandi führt weiter aus, im Jahr 2010 habe es einen enormen Nachfragerückgang bei dienststellenbezogenen Maßnahmen gegeben, außerdem seien Projekte nicht zustande gekommen. Im Herbst 2010 sollte zum Beispiel ein Projekt für ca. 320 Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Führungskräfte aus den Meldehallen starten, welches vom Europäischen Sozialfond Deutschland gefördert und Mittel in Höhe von 150.000,00 Euro gebunden habe. Dieses Projekt habe nicht starten können und entsprechend seien die dafür geplanten Mittel nicht abgerufen worden.

Auf Rückfrage von Frau von Bülow erläutert Herr Kahlen, ein Nachfragerückgang bei dienststellenbezogenen Personalentwicklungsmaßnahmen könne nicht als Zeichen für einen Motivationsrückgang bei den Beschäftigten gewertet werden.

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 13.09.2011 Polizeistrategie zu Kundgebungen rechtsextremer Gruppierungen AN/1640/2011

Herr Kahlen betont, weder der Oberbürgermeister noch das Ordnungsamt habe vorab Kenntnis von einer rechtsextremen Veranstaltung am 30.07.2011 vor dem Kölner Hauptbahnhof gehabt. Er weist darauf hin, dass eine schriftliche Beantwortung der Anfrage unmittelbar vor Sitzungsbeginn freigegeben, jedoch leider nicht mehr rechtzeitig verteilt wurde (sie wird dem Ausschuss als Anlage zur Niederschrift zur Kenntnis gegeben).

6.2 Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 14.09.2011 Gewaltpotenzial von pro Köln AN/1655/2011

6.3 Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.09.2011 Krankheitsbedingte Ausfallquote AN/1652/2011

7 Mündliche Anfragen

7.1 Haus des Jugendrechts

Auf Nachfrage von Herrn Görzel erläutert Herr Kahlen, das Landgericht Köln werde am 30.09.2011 entscheiden, ob der Stadt hinsichtlich der Vermietung eines Teiles des Gebäudes an einen Spielhallenbetreiber aufgrund der Verhandlungen mit dem Vermieter ein Vetorecht zustehe. Die bauordnungs- und gewerberechtliche Genehmigung der Spielhalle sei dagegen nicht zu beanstanden.

7.2 Brüsseler Platz

Herr Marx äußert die Bitte, dass über aktuelle Entwicklungen zu Sachständen, für die der Ausschuss zuständig sei, der Ausschuss durch die Verwaltung informiert werde und nicht durch die Medien.

Auf Rückfrage von Herrn Marx erinnert Herr Kahlen, es habe seinerzeit 18 Vorschläge aus dem Moderationsverfahren am Brüsseler Platz gegeben, von denen der Ausschuss 17 beschlossen habe. Die Umsetzung der Maßnahmen könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht als gescheitert erklärt werden.

Zum Beispiel habe die Verwaltung durch Schließung des Kioskes am Brüsseler Platz ab 00:00 Uhr an Sonntagen bewirkt, die Alkoholbeschaffungsmöglichkeiten zu reduzieren. Die Verwaltung hoffe, wegen des Kausalzusammenhangs zwischen Alkoholkonsum und Lautstärke durch Novellierung des Ladenöffnungsgesetzes die Problematik weiter zu vermindern. Er informiert weiter, es sei gemeinsam mit der Polizei geplant, durch stärkere Überzeugungsarbeit die Gäste am Brüsseler Platz zu mehr Rücksicht zu bewegen. Außerdem solle ein Vorschlag aus der Anliegerschaft über die Reduzierung der Beleuchtung, unter der Maßgabe einer Zustimmung durch die Straßenverkehrsbehörde, getestet werden.

Herr Kahlen sagt eine schriftliche Mitteilung zum aktuellen Sachstand zu.

8 Anträge

8.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 25.08.2011 Führerscheinentzug bei Straftätern mit hohem Aggressionspotential AN/1517/2011

Frau Manderla erläutert die Inhalte des vorliegenden Antrages.

Herr Kilp räumt ein, der Antrag verweise zutreffend auf den Zusammenhang zwischen einem hohen Aggressionspotential bei notorischen Straftätern und der Gefahr von nicht angepasstem und verkehrgefährdendem Verhalten innerhalb des Straßenverkehrs. Allerdings stelle die geforderte Kooperation zwischen Polizei und Verwaltung in Köln die normale operative Vorgehensweise dar. Während die Polizei der Führerscheinstelle die entsprechenden Sachverhalte mitteile, werde in der Verwaltung eine konsequente, rechtssichere Auswertung bis zum Führerscheinentzug erledigt.

Herr Kilp ergänzt, seit 2009 habe die Verwaltung 27 Anregungen zur Entziehung der Fahrerlaubnis bei aggressiven Intensivtätern erhalten. Bei zwei Personen sei es in diesem Zusammenhang tatsächlich zu einem Führerscheinentzug gekommen. 22 von den 27 Personen haben keine Fahrerlaubnis gehabt bzw. haben sie wegen Ausweglosigkeit gar nicht erst beantragt. Bei einer Person wurde das Verfahren eingestellt und bei zwei Personen laufe das Verfahren zurzeit noch.

Herr Neubert fordert den Ausschuss auf, eine landeseinheitliche Regelung abzuwarten.

Frau von Bülow stellt die in der Begründung formulierte „enorme abschreckende Wirkung“ in Frage. Vielmehr belege die Darstellung von Herrn Kilp, dass aggressive Gewalttäter auch ohne gültige Fahrerlaubnis Kraftfahrzeuge führen.

Herr Görzel weist darauf hin, dass der Führerscheinentzug kein Mittel einer allgemeinen Gewaltprävention sei.

Herr Wolter fasst zusammen, die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD befürworten eine Entscheidung auf Landes- und Bundesebene. Er bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit den örtlich zuständigen Polizeibehörden (PP Köln) zu prüfen, ob und wie weit das sog. „Münsteraner Modell“ zum Entzug der Fahrerlaubnis wegen hohen Aggressionspotenzials in Köln eingeführt werden kann. Ziel ist es, die bestehende Rechtslage im Fahrerlaubnisrecht auszunutzen, um bekannten aggressiven Straftätern die Fahrerlaubnis zu entziehen. Über die Möglichkeiten zur Implementierung ist dem AVR zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und FDP abgelehnt

Anmerkung: Die Fraktion Pro Köln war bei der Abstimmung nicht vertreten.

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

**10.1 Neufassung der Satzung der Beihilfekasse
2236/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt die Neufassung der Satzung der Beihilfekasse der Stadt Köln in der diesem Beschluss beigefügten paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.2 Änderung der Zuständigkeitsordnung in Bezug auf den Friedhof Melaten
2703/2011**

Herr Krems bittet um Erläuterung, wie bei Angelegenheiten mit „über den Bezirk hinausgehender Bedeutung“ gewährleistet werde, dass die Bezirke ihre örtlichen Belange anbringen können.

Frau von Bülow fragt an, inwieweit die Bezirksvertretung Ehrenfeld eingebunden war bzw. welches Votum sie abgegeben habe.

Herr Detjen weist darauf hin, dass eine Entscheidung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung bzw. der Friedhofssatzung dem Rat obliege.

Herr Neubert schließt an, egal wie viele Bezirke am Friedhof Melaten beteiligt seien, der Friedhof habe eine kulturhistorische Bedeutung und werde sowohl von Bürgerinnen und Bürgern aus allen Stadtteilen als auch von Menschen über die Stadtgrenzen hinaus besucht. Die über die Bezirke hinausgehende Bedeutung sei offensichtlich.

Herr Kahlen sagt eine schriftliche Stellungnahme für die nächste Sitzung zu.

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vertagt die Beschlussfassung in die nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.3 Erfahrungsbericht "Naturwaldbestattung" und Änderung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung) 2776/2011

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat, vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für Umwelt und Grün, die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln nimmt den Erfahrungsbericht „Naturwaldbestattung“ zur Kenntnis und stimmt für eine Aufhebung der in § 26 Abs. 4 der Friedhofssatzung festgeschriebenen Befristung dieses Bestattungsangebotes. Die Naturwaldbestattung wird damit dauerhaft angeboten.

Der Rat beschließt die in Anlage 2 enthaltene Änderungssatzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.4 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln
4. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung
1017/2011**

Frau Manderla regt an, zu den Erörterungen zur Stärkung der Entscheidungskompetenzen der Bezirksvertretungen, für die eine Arbeitsgruppe mit Teilnehmern aus Verwaltung und Bezirksbürgermeistern sowie Bürgeramtsleitern eingerichtet wurde, auch Vertreter der Bezirksvertretungen und der Ratsfraktionen einzuladen.

Herr Knappertsbusch führt aus, eine Stärkung der Entscheidungskompetenzen der Bezirksvertretungen sei nur möglich, wenn die Veränderungen fraktionsübergreifend konstruktiv und kreativ diskutiert werden können. Er regt an, dass die Fraktionsvorsitzenden in den Prozess mit eingebunden werden.

Herr Kahlen versichert, die teilnehmenden Bezirksbürgermeister seien sehr engagiert in dem Prozess und würden die Anliegen der Bezirksvertretungen gut vertreten. Er gehe davon aus, dass die Bezirksbürgermeister einen Wunsch nach Unterstützung durch Teilnehmer der Bezirksfraktionen selbst an Herrn Oberbürgermeister Roters herangetragen hätten. Er werde die Wünsche und Anregungen des Ausschusses Herrn Oberbürgermeister übermitteln. Eine Information zum aktuellen Verfahrensstand werde es in der nächsten Sitzung geben.

Auf Rückfrage von Herrn Dr. Welpmann erläutert Frau Gies, bei den unter Ziffer 55 der Synopse angeführten Punkten 9 und 10 von § 22 (neu), Abs. 2 handele es sich um die Abfall- und Straßenreinigungssatzungen, die gemäß Eigenbetriebsverordnung zum Zuständigkeitsbereich des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetriebe Köln gehören und dort vorberaten werden. Deshalb seien sie aus der Zuständigkeit des Ausschusses Umwelt und Grün herausgenommen worden. Die Punkte 11 und 12 seien bereits in der aktuellen Fassung der Zuständigkeitsordnung nicht belegt und werden daher ebenfalls als „weggefallen“ geführt.

Auf Nachfrage von Herrn Klemm erläutert Frau Gies, die gemeinsame Arbeitsgruppe der Verwaltung mit Vertretern der Bezirksvertretungen zur Stärkung der Entscheidungskompetenzen der Bezirksvertretungen habe im Sommer bereits zweimal getagt. Die erarbeiteten Vorschläge werden zurzeit kommunalverfassungsrechtlich geprüft. Es sei geplant, die Ergebnisse dem Ausschuss im Dezember 2011 vorzulegen.

Auf weitere Rückfrage von Herrn Knappertsbusch führt Frau Gies aus, dass die Ergebnisse der Arbeitsgruppe dem Rat unabhängig von der hier vorliegenden Beschlussvorlage zu einem späteren Zeitpunkt zur Entscheidung vorgelegt werden.

Herr Wolter bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales empfiehlt die Aufnahme der deutlich gewordenen Empfehlungen und verweist die Vorlage zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.5.1 Personalausstattung beim Interkulturellen Referat- Antrag des Integrationsrates, Vorlage-Nr. 3064/2011
AN/1685/2011**

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird ergänzt um folgende Sätze:
„ Diese Prüfung soll verbunden werden mit einer Aufgabenbeschreibung und mit einem Sachstandsbericht zur Aufgabenerfüllung.

Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Integrationsrat, dem auch fachlich zuständigen Sozialausschuss sowie dem AVR zur Kenntnis zu geben.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.5 Personalausstattung beim Interkulturellen Referat - Antrag des Integrationsrates
3064/2011**

geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales beauftragt auf der Basis des Beschlusses des Integrationsrats vom 21.06.2011 die Verwaltung, die Stellenausstattung des Interkulturellen Referates unter Verweis auf geltende Ratsbeschlüsse zu prüfen.

Diese Prüfung soll verbunden werden mit einer Aufgabenbeschreibung und mit einem Sachstandsbericht zur Aufgabenerfüllung.

Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Integrationsrat, dem auch fachlich zuständigen Sozialausschuss sowie dem AVR zur Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.6 Rheinuferpromenade zwischen Deutzer Brücke und Schokoladenmuseum
Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 12.05.2011 auf Zulassung der
Veranstaltung "Büchermeile" in diesem Bereich
2998/2011**

Herr Neubert meldet vor Eintritt in die Tagesordnung Beratungsbedarf der SPD-Fraktion an und bittet den Ausschuss, die Beschlussfassung in die nächste Sitzung zu vertagen.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vertagt die Beschlussfassung vor Eintritt in die Tagesordnung in die nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.7 Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages von Dienstleistungen zur Lenkung von Verkehrsströmen im Kölner Stadtgebiet
2590/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales erkennt den Bedarf zur Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages von Dienstleistungen zur Lenkung von Verkehrsströmen im Kölner Stadtgebiet an und verzichtet auf den Vergabevorbehalt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.8 zurückgezogen

Die Verwaltung hat die Vorlage 1606/2011 vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

**10.9 Beitritt der Stadt Köln zur Einkaufsgemeinschaft kommunaler Verwaltungen e. G. (EKV eG)
3115/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln beschließt den Beitritt der Stadt Köln zur Einkaufsgemeinschaft kommunaler Verwaltungen e. G. (EKV eG).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.10 Verweis aus dem Hauptausschuss vom 12.09.2011 Optimierung des Winterdienstes in Köln 2865/2011

Änderungsantrag zu TOP 10.10 - Optimierung Winterdienst AN/1687/2011

Frau Manderla erläutert den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und weist darauf hin, dass der Punkt 3 des Änderungsantrages zum jetzigen Zeitpunkt zurückgezogen werde.

Herr Bacher weist darauf hin, die Verwaltung habe ursprünglich eine Beschlussvorlage vor der Sommerpause vorlegen wollen. Er bedauert die Vorlage einer Dringlichkeitsentscheidung und äußert Verwunderung über den Verweis in diesen Ausschuss.

Frau von Bülow macht deutlich, seit dem Verweis aus dem Hauptausschuss am 09.09.2011 sei den Fraktionen genug Zeit geblieben, sich mit der Vorlage zu beschäftigen. Außerdem habe Frau Dezernentin Reker im Hauptausschuss dargestellt, weshalb ein schneller Entscheidungsprozess von Nöten sei. Eine Diskussion über die Zuständigkeit könne sicherlich grundsätzlich geführt werden, die Entscheidung über den Beschlussvorschlag müsse aber hier und heute getroffen werden, damit der Winterdienst optimiert arbeiten könne, sobald der Winter einsetze.

Auf die Anmerkung von Herrn Bacher wendet Herr Kahlen ein, der Hauptausschuss habe darüber beraten, ob eine Beschlussfassung durch den zuständigen Fachausschuss am 29.09.2011 ausreiche. Der Ausschuss habe dann die Entscheidung dem 2 Wochen vor dem Fachausschuss tagenden Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales übertragen, um die Beschlussfassung zu beschleunigen. Herr Kahlen ergänzt, die hier zur Diskussion stehende Dringlichkeitsentscheidung werde ohnehin im Oktober dem Rat zur Genehmigung vorgelegt.

Zu Punkt 2 des Änderungsantrages erläutert Herr Kahlen, die Schonung der Begleitvegetation sei wünschenswert. Allerdings müsse eine Reduktion bzw. die Einstellung der Salzstreuung auf Radwegen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht geprüft werden. Die Anschaffungsmenge von Streusalz müsse vorsorglich nicht reduziert werden, da die eventuell ungenutzte Menge Salz zu einem späteren Zeitpunkt genutzt werden könne.

Herr Wolter signalisiert Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Beschlussvorlage mit der Änderung gemäß Antrag unter der Maßgabe, dass für die Punkte 1 und 2 des Änderungsantrages ein Prüfauftrag beschlossen werde.

Zunächst lässt der stellvertretende Vorsitzende über den mündlich geänderten Änderungsantrag abstimmen.

mündlich geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, folgendes zu überprüfen:

1. Im Leistungsverzeichnis wird unter Punkt 1.1 die Winterwartung der Bushaltestellen an den Verknüpfungspunkten mit der Stadtbahn an die KVB übertragen. Die Finanzierung erfolgt durch die KVB. Sollten hierzu Änderungen von Rechtsvorschriften nötig sein, so wird die Verwaltung beauftragt, sie auf geeignete Weise herbeizuführen.
2. Der Winterdienst auf den außerhalb des Straßenraums geführten Radwegen soll ohne Salzstreuung sichergestellt werden, um die Begleitvegetation zu schonen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Anschließend kommt der geänderte und ergänzte Beschluss wie folgt zur Abstimmung.

geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Abfallwirtschaftsbetrieben Köln GmbH & Co. KG (AWB) eine Anpassung des Leistungsverzeichnisses des Straßenreinigungsvertrages vom 01.12.2000 um die in der Vorlage beschriebenen ergänzenden Winterdienstmaßnahmen (1.1 – 1.6) vorzunehmen.

Die genauen Kosten sind anhand von testierten LSP-Kalkulationen zu berechnen. Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, die Kosten von voraussichtlich 858.000 € für 2012 und ab 2013 von 1,94 Mio. € jährlich in die Haushaltspläne einzustellen. Wenn die LSP-Kalkulationen höhere Kosten ergeben sollten, sind die Leistungen so zu kürzen, dass die vorgenannten Kosten eingehalten werden.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, folgendes zu überprüfen:

1. Im Leistungsverzeichnis wird unter Punkt 1.1 die Winterwartung der Bushaltestellen an den Verknüpfungspunkten mit der Stadtbahn an die KVB übertragen. Die Finanzierung erfolgt durch die KVB. Sollten hierzu Änderungen von Rechtsvorschriften nötig sein, so wird die Verwaltung beauftragt, sie auf geeignete Weise herbeizuführen.
2. Der Winterdienst auf den außerhalb des Straßenraums geführten Radwegen soll ohne Salzstreuung sichergestellt werden, um die Begleitvegetation zu schonen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Wolter
stellvertretender Vorsitzender

Simons
Schriftführerin